

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anzeiger-Verwaltung entgegen. - Geschäftsvermittlung. - Fernsprech- und Postamt Nr. 23.

Angewandte die Anzeiger-Verwaltung. - Bestellungen für Anzeigen und Anzeiger 200 000 Mark, monatliche Anzeigen 100 000 Mark, einzelne Anzeigen 200 000 Mark, National-Anzeiger 200 000 Mark. - Bei größeren Anzeigen entsprechende Rabatte.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1990

Nr. 208

Donnerstag, den 6. September 1923

18. Jahrgang

Italien und der Völkerbund.

Der Völkerbund hat noch immer keinen Entschluß im griechisch-italienischen Konflikt fassen können. Er hat die Sitzung vom 5. September vertagt. Ein Beschluß, zu dem Lord Robert Cecil wohl nicht ohne Ironie bemerkte, daß die Mitglieder des Rates die Frist, die hoffentlich nicht über 24 Stunden betragen würde, zum genauen Studium der Artikel 10, 12 und 16 der Völkerbundsakte benutzen würden. Die Artikel sind so klar, daß über ihre Bedeutung und Auslegung ein Zweifel nicht bestehen kann. Sie sprechen mit aller Deutlichkeit aus, daß alle Konflikte zwischen Bundesmitgliedern, die zu einem Bruche führen könnten, einem Schiedsverfahren unterbreitet werden müssen, das kriegsähnliche Handlungen erst drei Monate nach Abschluß des Verfahrens vorgenommen werden dürfen und endlich — nach Artikel 16 — daß ein Bruch dieser Verpflichtungen die Bundesexekution, beginnend mit wirtschaftlicher Blockade und Boykott, sich steigend bis zum Einschreiten mit bewaffneter Macht zu folgen hat. Die Einwendungen Salandras gegen die Zuständigkeit des Völkerbundes werden von ihm, dem tüchtigen Juristen, wohl kaum als stichhaltig angesehen werden.

Italien wirft ein, daß die neue griechische Regierung noch nicht anerkannt sei. Da Griechenland aber Mitglied des Völkerbundes ist, kann seiner Regierung, auch wenn sie nicht anerkannt ist, das Recht wohl nicht abgesprochen werden, sich an den Völkerbund zu wenden. Nach dem Vorbild Poincarés behauptet Italien, daß die Befehle von Korfu kein kriegsähnlicher Akt, sondern nur eine friedliche Pfandnahme sei, eine Behauptung, die gegenüber der Tatsache, daß Kinder sogar in großer Zahl bei der Befehlsgebung getötet worden sind, auf deutsch gesagt zum mindesten eine Frechheit ist. Aber selbst wenn die Befehle nicht als Kriegsakt anzusehen ist, so kann sie zweifelsohne einen Bruch zwischen den beiden Mächten herbeiführen, und dann muß der Völkerbund eingreifen. Wenn endlich Mussolini erklären läßt, daß der Völkerbund nicht zuständig sei, weil die Ehre und die Interessen Italiens auf dem Spiel ständen, so kann diesem Einwand unmöglich Gehör geschenkt werden. Die Völkerbundsakte kennt die sogenannten früheren Schiedsgerichtsverträge nicht; der Völkerbund kann, weil Gründe, wie sie Mussolini anführt, vorliegen, eine Ablehnung ablehnen; die Angelegenheit verhandeln muß der Rat aber auf jeden Fall.

Beharrt Italien auf seinem ablehnenden Standpunkte, den es durch die Drohung des Austritts betont hat, so ist der ganze Bestand des Völkerbundes infrage gestellt, zumal die nordischen Staaten durch Branting und Nansen haben erklären lassen, daß sie dem Völkerbunde dem Rücken kehren würden, wenn er bei der ersten ihm unterbreiteten großen Frage verweigern würde. Welch eine Verwirrung ein Auffliegen des Bundes in die Welt tragen würde, braucht bei den zahlreichen Rechten und Aufgaben, die ihm gegeben worden sind, (z. B. Saargebiet, Danzig) nicht besonders betont zu werden.

Steht der Völkerbund so noch auf dem alten Fieße, so hat sich politisch die Lage Italiens verschlechtert; Frankreich, das ursprünglich den Italienern den Rücken stärkte, ist abgerückt. Wohl aus zwei Gründen, erstens, um Italien nicht einen allzu großen Vorsprung im Mittelmeer zu lassen, zweitens und hauptsächlich aber aus Rücksicht auf die kleine Entente. Italiens Drohung, den Balkanstaaten müsse eingegriffen werden, daß Italien eine Grobmadt sei, sein schroffes Vorgehen gegen Jugoslawien, das eine versteckte Annexion Rumäniens vorbereiten soll, haben nicht nur bei den Serben große Aufregung verursacht. Frankreich kann seinen Schützlingen, die es als Gegengewicht gegen Deutschland im Osten braucht, die Unterstützung nicht verweigern.

So zeigt der griechisch-italienische Konflikt auch in seinem weiteren Verlauf eine peinliche Wehnlichkeit mit dem habsburgisch-serbischen. Während ursprünglich die öffentliche Meinung der Welt Italien völlig recht gab, daß sie von der griechischen Militärregierung, an deren Fingern so viel Blut klebt, energische Genugtuung verlangte, verurteilt sie jetzt die unversöhnliche Haltung, die das kriegsmüde Europa vor die Gefahr neuer Kämpfe stellt; der Verdacht taucht auf — verstärkt durch die wie meist recht großmäuligen Reden des Ministerpräsidenten — daß es garnicht Sühne will, sondern die Vergeltungsmahregeln für jenen Mord nur als Vorwand für imperialistische Ziele benutzt.

Nicht recht verständlich ist es, daß Mussolini, dem auch seine Gegner außenpolitisches Augenmaß nicht absprechen, glaubt, Westpolitik ohne oder gar gegen England treiben zu können. Es war bisher ein unverrückbarer Grundsatz italienischer Politik, der auch bei der Erneuerung der Dreibündnisverträge mit bürren Worten zum Ausdruck gebracht wurde, daß Italien seine Verpflichtungen nur dann erfüllen könne, wenn England sich nicht auf der Gegenseite befindet. Die geographische und wirtschaftliche Lage des Landes gibt einen genügenden Grund für eine solche Stellungnahme. Ist Mussolini durch seine innenpolitischen Erfolge, ist Italien durch die Ergebnisse des Weltkrieges so bereichert, daß es glaubt, auf der schmalen Basis seines Reiches Westpolitik gegen die noch immer größte Seemacht der Welt führen zu können?

Mussolini droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Erklärungen vor dem Ministerrat.

Im Ministerrat gab der Ministerpräsident zu Beginn der Sitzung einige kurze Erklärungen über die auswärtige Lage ab. In Korfu, sagte er, sei die Lage vollkommen normal, die Bevölkerung sei ruhig, und die Garnison genüge für jede Eventualität. Die öffentliche Meinung Europas beginne ihre Haltung zu ändern, und die Zahl der Stimmen, die der Aktion Italiens günstig gestimmt seien, nehme zu. Sicherlich sei die öffentliche Meinung Italiens durch die Haltung eines großen Teils der englischen Presse sehr überrascht und betrübt worden.

„Ich hoffe“, sagte Mussolini hinzu, „daß diese derbe realpolitische Lehre, die wir von jenem des Kanals erhalten haben, die Italiener endlich von der Krankheit der konventionellen Phrasen heilen wird.“

Der Völkerbundsrat hat das Bestreben gezeigt sich der Aufgabe zu unterziehen, die Frage zu entscheiden. Das ist durchaus unzulässig. Die italienische Delegation wird daher erklären, daß der Völkerbundsrat aus drei fundamentalen Gründen vollkommen unzuständig ist die Frage zu entscheiden, die über die von Griechenland angeführten Vertragsbestimmungen hinausgreift.

Sollte der Rat sich trotzdem für zuständig erklären, so würde Italien vor die Frage gestellt werden, ob es im Völkerbund bleiben oder aus ihm austreten soll. Ich habe mich bereits für die zweite Möglichkeit entschieden und erlaube dem Ministerrat zu erklären, ob er mit dem unfernen Delegierten Murati gegebenen formellen Anweisungen einverstanden ist, die Salandra im Völkerbund erläutern wird.“

Der Ministerrat stimmte voll und einheitlich der vom Ministerpräsidenten eingenommenen Haltung zu.

Durch diese Erklärungen Mussolinis ist nach englischer Auffassung der ganze Konflikt zu einer Frage des Weiterbestandes des Völkerbundes geworden. Ein Durchweichen vom englischen Standpunkt ist unter keinen Umständen mehr zu erwarten; im Gegenteil, die Anspielungen Mussolinis auf die Möglichkeit einer dauernden Besetzung Korfus haben zur Folge gehabt, daß jetzt auch die militärisch-strategische Seite des italienischen Schrittes in London immer stärker betont wird. Die englische Diplomatie glaubt, den Center Konkrete geschlossen hinter sich zu haben; daß Italien bei der Wahl des Völkerbundspräsidenten in auffälliger Weise übergegangen wurde, wird hier als besonders bezeichnendes Merkmal der dortigen Stimmung betrachtet. Das Hauptaugenmerk richtet sich nach wie vor auf Frankreich.

„Tribuna“ meldet: Sardinen und Uruguay haben beschlossen. Ihre Vertreter beim Völkerbund zu beauftragen, sich mit der Haltung Italiens solidarisch zu erklären. Das bedeutet, sagt „Tribuna“ hinzu, daß, wenn Italien aus dem Völkerbund austreten sollte, auch Sardinen und Uruguay den Völkerbund verlassen würden.

Wer sind die Mörder?

Eine Million Drachmen Belohnung.

In einer Bekanntmachung der griechischen Regierung ist die Belohnung für die Entdeckung der Mörder der italienischen Militärmission auf 1.000.000 Drachmen festgesetzt worden.

Ein Telegramm des Generalgouverneurs von Albanien gibt den Bericht des Unterpräfekten von Philates wieder und sagt daß kurz vor dem Verbrechen eine Bande von 13 mit Maskepistolen bewaffneten Albanern in den Dörfern Skerari und Smerto auf der Straße Philates-Sagada erschienen sei und sich mit großer Sorgfalt in den Dörfern verborgen gehalten habe. Ein Muselman von Philates teilte den Behörden mit, daß er eine albanische Bande bei Konispolis gesehen habe, die nach dem Verbrechen wieder nach Albanien zu gelangen versuchte.

Die albanischen Zeitungen bringen die ersten Ergebnisse der Untersuchung, nach der sich die Beweise für die Schuld albanischer Banditen noch verstärken. Zwei Viehhirten bekundeten, die vermutlichen Mörder in albanischer Tracht bemerkt zu haben. Die Untersuchung der Leiche des italienischen Stabsarztes Corti, der der Mission angeschlossen, förderte Dum-Dum-Geschosse gutage. Der englische Organistator der griechischen Polizei nimmt an der Untersuchung teil.

Italienische Absichten auf die epirötische Küste.

Nach dem Telegramm eines Unterpräfekten der Prefektur Janina verbreiteten Muselmanen das Gerücht daß die Besetzung der der Insel Sapo gegenüberliegenden Küste von Albanien durch die Italiener bevorstehe.

Jugoslawien vor entscheidenden Entschlüssen.

Die jugoslawische Regierung soll nach vorläufig noch unbestätigten Meldungen die Regierungen der Entente davon verständigt haben, daß Jugoslawien in den nächsten Tagen angeht die Befehle von Korfu genügt wäre, entscheidende Beschlüsse zu fassen, wenn der Völkerbund sich nicht stark genug erweise, Italien zur Aufgabe von Korfu zu veranlassen.

In Valona haben die serbischen Delegierten in der Grenzabstufungskommission den französischen Oberst dringend aufgefodert, die Absteckung der Grenzpfähle bei Stutari aufzuschieben, da die montenegrinische Bevölkerung nicht beabsichtige, die Abtretung jener Gebiete an Albanien zuzulassen. Die jugoslawische Regierung würde sich außerstande erklären, die Unversehrtheit der französischen Kommission auch weiterhin zu garantieren. Dieser Schritt hat in Tirana und Stutari ungeheuren Eindruck gemacht. Man befürchtet in Albanien ständlich das Ausbrechen eines griechisch-serbischen Handtells, der die Situation auf den Kopf zu stellen geeignet wäre.

England verstärkt seine Mittelmeerflotte.

Der „Courant“ meldet aus London: Es ist nicht länger zu verheimlichen, daß die Admiralität Einberufungen vornimmt. Die „Times“ geben selbst zu, daß 15 Kriegsschiffe der Reserveflotte zur Verstärkung der Mittelmeerflotte nach Malta unterwegs sind.

Das Ruhrproblem.

Nähern wir uns einer direkten Verständigung mit Frankreich?

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, Stresemanns Rede habe der französischen Regierung zu denken gegeben. Seitdem der deutsche Komplex die Frage einer wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich erwidert habe, bestreife man sich an amtlicher Stelle weiter mit dem Gedanken. Stresemann könne sich darüber freuen, daß seine Rede ein sympathisches Echo gefunden habe, denn sie habe bei einer sehr hohen Verbindlichkeit in Paris das Eingeständnis hervorgerufen, daß eine wirtschaftliche Allianz mit Deutschland unvermeidlich und wünschenswert ist. Frankreich brauche deutschen Rohstoffe und Deutschland französisches Erz. Das Ruhrgebiet und Lothringen müßten zusammenarbeiten, denn sie hängen voneinander ab. Es werde erklärt, daß Frankreich, wenn es die Besicherung habe, daß Deutschland aufrichtig nach einer wirtschaftlichen Verständigung strebe, hinter der keine Sonderbeweggründe stecken, die Verhandlungen mit dem deutschen Industriellen wieder aufnehmen werde, die ermächtigt sind, im Namen des Deutschen Reiches zu verhandeln.

In Berlin sind Vertreter der rheinischen und des Ruhrgebietes eingetroffen, nachdem ihre Ausreise von der Besatzungsarmee genehmigt worden war.

Wie zuverlässig verlautet, gelten ihre Verhandlungen im wesentlichen der Anpassung des passiven Widerstandes an eine weitgehende Elastizität, wie sie vom Reichskanzler leithin verkündet worden ist.

Neuer Uebergreif der Rheinlandkommission.

Die Rheinlandkommission hat eine Verfügung erlassen, in der sie die Annullierung des Goldanleihegesetzes ausdrückt.

Codesopfer.

Der am 15. August durch Bajonettschläge französischer Soldaten schwerverletzte Schlosser Wob aus Gerne ist seinen Verletzungen erlegen.

Französische Menschenfallen.

Da den Franzosen bekanntgeworden ist, daß trotz der rigorosen Absperrung des Eindrucksgebietes vom übrigen Deutschland noch ein Verkehr herüber und hinüber stattfindet, sind sie dazu übergegangen, „Menschenfallen“ zu verwenden, mit denen sie bekanntlich auch während des Krieges gearbeitet haben. Verschiedentlich haben sie Tanks als schmutzige Gartenhäuschen maskiert, die sie mitten im Gelände aufbauen. Personen, die auf abseits liegenden Feldwegen oder Feldrainen versuchen, die Sperrelinie zu überschreiten, erhalten dann plötzlich aus solchen Gartenhäuschen Maschinengewehrfeuer.

Grenzsperre und Schulferien.

Wie gerücheweise verlautete, wollten die Franzosen demnächst für einige Tage die Grenzsperre aufheben, um bei Ablauf der Schulferien Schülern, Eltern und Lehrern die Einreise zu ermöglichen. Nunmehr wird bekannt, daß der Oberbürgermeister von Düsseldorf den Antrag gestellt hat, die Grenze möge vom 1. bis 8. September geöffnet werden, um die Rückkehr der Lehrer und Schüler zu ermöglichen, daß dieser Antrag aber von den Franzosen zurückgewiesen wurde. Der stellvertretende Regierungspräsident von Düsseldorf, Freiherr von Amelunxen, ist ausgewiesen worden.

Die Ruffis im Ruhrgebiet.

Wie die „Rhein.-Westf. Ztg.“ meldet, haben die unten dem Vorsitz des Vertreters des Reichskommissars in Bochum